

Dr. Andreas Püttmann

Wie politisch kann und muss die Kirche sein?

Vortrag beim Ökumenischen Jahresempfang der Kirchen im Land Sachsen-Anhalt am 16. Juni 2026 in Magdeburg

Dass Christen sich für Staat und Politik zu interessieren haben, ist durch die Bibel und Traditionsbestände theologischer Reflexion vorgegeben. Im Alten Testament fordert der Prophet Jeremias: „Suchet der Stadt Bestes“ (Jer 29,1), im Neuen Jesus: Gebt dem Kaiser, was ihm gebührt (Mt 22,21). Paulus ermahnt zu Rechtsgehorsam um des Gewissens willen (Röm 13,1-7), und zu Gebet für die politischen Amtsträger (1 Tim 2,2). Lukas markiert in der Apostelgeschichte (5,29) Grenzen staatsbürgerlichen Gehorsams: „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen“. Scharfe Ablehnung erfährt missbrauchte Staatsgewalt als satanischer Drache der Offenbarung des Johannes (13,2). Im Magnifikat preist Maria einen Gott, der „Mächtige vom Thron stürzt“ und „Niedrige erhöht“ (Lk 1,52). Augustinus nennt Staaten ohne Gerechtigkeit „große Räuberbanden“. Thomas von Aquin entwickelt Kriterien für Widerstand gegen Tyrannen. Luther fordert leidensbereiten Widerspruch bei Übergriffigkeit von Fürsten in den Glauben; manche seien „die größten Narren oder die schlimmsten Bösewichter auf Erden“.

Das Christentum war nie unpolitisch und kann es wegen seiner Ethik nicht sein. Gottes Wille soll geschehen „wie im Himmel, so auf Erden“ (Mt 6,10). Wenn Jesus sagt, in den „geringsten Brüdern“ (Mt 25,40) - Schwachen, Leidenden, Marginalisierten - begegneten wir IHM selbst, dann sind Gottesdienst und Dienst am Menschen untrennbar. Wenn Bischöfin Mariann Budde Donald Trump beim

Gottesdienst zu seiner Amtseinführung zu Mitgefühl für verängstigte Migranten und sexuelle Minderheiten ermahnt, und wenn Kardinal Robert Prevost Häresien des US-Vizepräsidenten Vance zu abgestufter Nächstenliebe auf X zurückweist oder nun als Papst Trumps Allmachtsfantasien, seine brutale Migrations- und Kriegspolitik kritisiert, dann tun sie nur was ihres Amtes ist, auf legitimem christlichem Boden.

Es ist so durchschaubar: Über eine zu politische Kirche beschwert sich immer die Seite, der kirchliche Amtsträger gerade in die Quere gekommen sind. Nach Prälaten-Kritik am Entschließungsantrag der Unionsfraktion zur Migration unter Inkaufnahme von AfD-Stimmen im Januar 2025 klagten Konservative über „politische Einmischung“ und Einseitigkeit der Kirchen. Steffen Bilger, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU, twitterte lapidar: „Überrascht nicht, interessiert nicht“. Eine bemerkenswerte Herablassung für einen C-Politiker. Wer sich als Partei auf das Christentum beruft, der kann Stellungnahmen der großen Institutionen des Christlichen nicht öffentlich als irrelevant abtun. Er muss sich für die interessieren, wenn nicht aus Lernbereitschaft, dann wenigstens aus Respekt; und wenn auch Respekt fehlt, dann wenigstens aus politischer Klugheit.

Denn als Bilger und Jens Spahn bei der Verfassungsrichterwahl im Juli eine empfindliche Schlappe in ihrer Fraktion erlitten, weil sie die Akzeptanz für Frauke Brosius-Gersdorf falsch eingeschätzt hatten, obwohl schon deren Lehrer Horst Dreier 2008 an der Union gescheitert war, da wurde klar, dass sich die beiden Christdemokraten doch besser dafür „interessiert“ hätten, was kirchennahe Abgeordnete beim Lebensschutz durchzuwinken bereit sind.

Gegen bischöfliche Ermahnungen, keine Verfassungsrichterin mit einer zu permissiven Haltung im Abtreibungsrecht und zur Menschenwürdegarantie zu wählen, verwahrten sich nun Linke, prominent der SPD-Fraktionschef Matthias Miersch, gegen, so wörtlich, „unchristliche“ Beiträge katholischer Würdenträger zur beklagten „Hetzjagd“ gegen Brosius-Gersdorf. Politisch sein dürfe Kirche schon, aber nicht so! Medien-Kommentatoren stimmten ein. Felix Bohr wetterte im „Spiegel“: Die Nominierung einer Verfassungsrichterin gehe „die katholische Kirche nichts an. Zum Glück.“

Irrtum! In einem freien Land muss sich niemand, keine Gruppe, auch keine Religionsgemeinschaft aus der Politik heraushalten - somit auch nicht aus der Wahl zum politiknahen Verfassungsgericht. Schon im Wortsinn geht die „Res Publica“ alle an. Der autoritäre Ton im „Spiegel“ war verstörend.

Antikirchliches Ressentiment Linker wirkt heute allerdings aus der Zeit gefallen. Klügere Köpfe in ihren Parteien haben längst begriffen, dass die Kirchen bei rabiater Wohlstandsegoismus, grassierender Verrohung und Rechtsruck im Land zu den Verteidigern einer humanen, empathischen und moderaten politischen und sozialen Kultur gehören. Joschka Fischer schrieb 1992 in seinem Buch: „Die Linke nach dem Sozialismus“: „Eine Ethik, die sich nicht auf die tiefer reichende, normative Kraft einer verbindlichen Religion (...) stützen kann, wird es schwer haben (...) von Dauer zu sein“; es brauche „akzeptierte religiöse Tabus und davon abgeleitete Normierungen“.

Doch nun, wo es um die Menschenwürde und die staatliche Schutzpflicht für vorgeburtliche Menschenleben ging, klöcknerte es ausgerechnet bei denen, die die Kritik der Bundestagspräsidentin an zu politischen Kirchen eben noch als übergriffig zurückwiesen

hatten. In einem BILD-Interview zu Ostern 2025 hatte Julia Klöckner den Kirchen eine Tendenz nachgesagt, zu „austauschbaren NGOs“ zu werden und im Interview der evangelischen „Pro“ bekräftigt: „Je tagespolitischer Kirche wird, desto mehr wird sie schließlich als Partei wahrgenommen (...). Der Kern der Relevanz einer Kirche liegt nicht in ihrer allgemeinpolitischen Betätigung (...). Kirche darf niemanden im Streit um politische Auffassungen verlieren.“

Zwar beschleicht auch mich gelegentlich der Verdacht, dass manche Theologen der Versuchung erliegen, vor anspruchsvollen Glaubenslehren, die dem säkularistischen Zeitgeist zu spekulativ anmuten, zu kneifen und auf politische Ersatzfelder auszuweichen, wo Probleme greifbarer und Verbündete leichter zu finden sind.

Aber:

Erstens: Was heißt hier „tagespolitisch“? Können in aktueller, operativer Politik etwa keine christlich-ethischen Fragen auftauchen, die Kirchen herausfordern? Das Zweite Vatikanische Konzil beansprucht für die Kirche, „ihre Soziallehre kundzumachen“ und „auch politische Angelegenheiten einer sittlichen Beurteilung zu unterstellen, wenn die Grundrechte der menschlichen Person oder das Heil der Seelen es verlangen“. Einen Bezug zu Grundrechten haben viele politische Fragen, und sein Seelenheil kann man nicht nur als Privater gefährden, sondern auch in Gesellschaft und Staat, durch Tun und Unterlassen.

Zweitens: Was meint Klöckner mit dem Ausschluss „allgemeinpolitischer Betätigung“? Dass Kirchen bloß bei wenigen Spezialthemen gefragt seien wie in der Bioethik, während andere Politikbereiche moralfreie Zonen und deshalb für Religionen tabu seien? Sind nicht auf den meisten Politikfeldern ethische Fragen tangiert - somit auch die christliche Sozialethik?

Drittens: Wenn Kirchen „als Partei“ gesehen zu werden drohten: Als welche denn? Fallen kirchliche Voten nicht je nach Thema mal konservativ aus, zum Schutz von Leben, Sitte, Tradition und Institutionen, mal sozial zum Schutz der Schwachen und Benachteiligten, mal ökologisch zur „Bewahrung der Schöpfung“ für kommende Generationen und im Zweifel liberal, weil die Freiheit der Person nun mal aus der Menschenwürde folgt und Zentralwert der Bibel ist: „Ihr seid zur Freiheit berufen“, heißt es im Galaterbrief (5,13). Wurden Kirchen nicht schon für jede Partei schonmal unbequem? Hätten wir derart politisierte Kirchen wie Klöckner unterstellt, dächten wohl mehr als nur 23 Prozent der Deutschen (2025), politisches Einflussstreben sei ein Merkmal des Christentums. Eine Dreiviertelmehrheit sieht das nicht so.

Viertens: Warum sollte eine dem Evangelium treue Kirche durch ihre Unterscheidung der Geister nicht auch jemanden „im Streit verlieren“? Erlebte das nicht auch Jesus? Ein bloßes „Beieinanderbleiben“ ist nicht das höchste Kriterium gelingenden Kirche-Seins. Alle Interessen und Wünsche zufriedenzustellen und wenig anzuecken, ist nicht der Sinn von Nachfolge Christi.

Psychologisch ist zwar nachvollziehbar: Menschen wünschen sich eher Bestätigung; Widerspruch und Konflikt lösen kognitive Dissonanz aus. Die ist dort besonders lästig, wo man sich zuhause fühlen will, Erbauung, Trost und „seelische Erhebung“ sucht wie in der christlichen Gemeinde. Gerade schrumpfende Kirchen können Politik deshalb Politik als zusätzlichen Spaltpilz fürchten. Das darf sie aber nicht verstummen lassen, wo es um christliche Sozialprinzipien, Normen und Tugenden geht.

Gewiss sind Kirchen gut beraten, sich im politischen Raum auf Themen mit hoher ethischer Relevanz und Dringlichkeit zu konzentrieren. Diese müssen sie, fundiert durch Sachverstand

christlicher Wissenschaftler und Praktiker differenziert durchargumentieren, auf biblische Kriterien hin transparent machen und in verbindlichem Habitus vertreten. Missglückt war insofern, dass Bambergs Erzbischof Herwig Gössl die Personalie Brosius-Gersdorf als - so wörtlich - „innenpolitischen Skandal“ fachfremd kategorisierte und die Thesen der Juristin auch noch teils falsch wiedergab, statt seine ethischen Bedenken gegen Positionen der Juristin ruhig und präzise zu erläutern. Überschießende Schärfe prägt unsere Debatten eh schon inflationär und steht einer Kirche so schlecht zu Gesicht wie opportunistisches Schweigen.

Gössls Predigtaussage: „Ich möchte mir nicht vorstellen, in welchen Abgrund der Intoleranz und Menschenverachtung wir gleiten, wenn die Verantwortung vor Gott immer mehr aus dem Bewusstsein der Menschen verschwindet“, musste allerdings nicht auf die Richterkandidatin persönlich bezogen werden, wie sie selbst es bei Markus Lanz tat - und den Erzbischof gleich noch zur Verfassungstreue ermahnte. Auch das war eindeutig „drüber“.

Gössl äußerte hier einen alten Topos europäischer Ideengeschichte, der sich auch bei Nobelpreisträger Werner Heisenberg, dem Begründer der Quantenmechanik, findet, 1967 in seinem Buch „Der Teil und das Ganze“: „Wenn man in dieser westlichen Welt fragt, was gut und was schlecht, was erstrebenswert und was zu verdammen ist, so findet man doch immer wieder den Wertmaßstab des Christentums auch dort, wo man mit den Bildern und Gleichnissen dieser Religion nichts mehr anfangen kann. Wenn einmal die magnetische Kraft ganz erloschen ist, die diesen Kompass gelenkt hat – und die Kraft kann doch nur von der zentralen Ordnung her kommen –, so fürchte ich, dass sehr schreckliche Dinge passieren können.“

Konrad Adenauer deutete 1946 den deutschen „Rückfall in schlimmste Barbarei“ als Folge eines Glaubensabfalls und war überzeugt, „dass das Verlassen des christlichen Fundamentes letzten Endes Europa mit dem Untergang bedroht“, weil „die ethischen Gesetze (...) auf religiösem Boden wurzeln“.

Sozialdemokrat Carlo Mierendorff sagte nach der Befreiung aus der Lagerhaft zu einem Freund: „Wissen sie, ich bin als Atheist in das Konzentrationslager gekommen, und nach dem, was ich dort erlebt habe, verließ ich es als gläubiger Christ. Es ist mir klargeworden, dass ein Volk ohne metaphysische Bindung, ohne Bindung an Gott, weder regiert werden, noch auf Dauer blühen kann.“

Selbstverständlich dürfen auch Bischöfe sich heute so äußern. Läuft gleichzeitig eine von Rechtsradikalen befeuerte Kampagne, dann tun sie allerdings gut daran sich auch davon zu distanzieren.

Gibt es eine Formel oder definierbare Grenzwerte für politische Stellungnahmen der Kirchen? Natürlich nicht! Es kommt auf den Einzelfall, alle Umstände der Debatte und auf die politische Großwetterlage an: In Zeiten, in denen das System des demokratischen Rechtsstaats und Grundrechte nicht wesentlich bedroht sind, kann eine Kirche sich eher politisch zurückhalten als in einer Zeit gravierender Krisen und extremistischer Angriffe auf die menschenwürdige Ordnung der liberalen Demokratie: Dann müssen sich Kirchen eher mehr als weniger zu Wort melden, gegen den Trend.

In seinem Werk „Der Aufstand der Massen“ 1929 definierte der spanische Philosoph José Ortega y Gasset den Staat als „den Status, die Statik, die Gleichgewichtslage der Meinungen“. Gibt es in Demokratien einen starken Sog in eine politische Richtung, droht Gefahr für die Freiheit des Einzelnen und die Klugheit politischer Entscheidungen. Übermächtige Mehrheiten neigen nämlich dazu,

denkfaul zu werden und intolerant. Dann kann auch für Kirchen eine Devise Thomas Manns ratsam sein. Er schrieb 1934 einem Freund: „Ich bin ein Mensch des Gleichgewichts. Ich lehne mich instinktiv nach links, wenn der Kahn rechts zu kentern droht - und umgekehrt“.

Das Bild vom Kahn bedeutet übrigens, dass man sich schon umpositionieren sollte, bevor eine absehbare Schiefelage sich dem Kipppunkt nähert. Nur so kann man sie noch ausbalancieren. Eine kluge Ökologie des Staates muss wie die Ökologie der Natur politische Entwicklungen antizipieren. Christen sollten deshalb tendenziell antizyklische, skeptische Staatsbürger sein: „Prüfet alles, das Gute behaltet“, mahnt der Thessalonicherbrief (5,21) und „Gleicht euch nicht dieser Welt an“ der Römerbrief (12,2).

Am ehesten können Kirchen auf politische Stellungnahmen verzichten, wo ihre Haltung eh schon en vogue ist, sie also „Eulen nach Athen tragen“ würden. Nicht zurückhalten sollten sie sich aber bei der Verteidigung ethischer Positionen, die angefochten oder minoritär geworden sind. Damit macht man sich zwar leicht unbeliebt, aber nach christlicher Lehre kommt es auf den letzten Richter an, dem man Rechenschaft zu geben hat. Das schenkt Freiheit! Es braucht eine freie Kirche und innerlich unabhängige Christen.

Übrigens auch in den Parteien: Chapeau für die Bundestagsabgeordneten der CDU, die im Januar und im Juli 2025 ihrem christlichen Gewissen gemäß abstimmten und dafür als illoyal abgestempelt wurden. Artikel 38.1 GG lautet aber nicht: „Die Abgeordneten sind Vertreter ihrer Partei. Sie unterliegen der Fraktionsdisziplin“, sondern: „Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“. Im Grundseminar der Adenauer-Stiftung –

nicht weit von hier in Wendgräben – schlug ich meinen Stipendiaten immer vor, eine Inschrift am Rathaus zu Ingolstadt auswendig zu lernen:

„Was andere meinen, auch zu meinen, ist nicht schwer./
Nur immer anders als die anderen auch nicht
sehr./ Weißt du aus eigener Kraft, in mutig
stillem Wagen,/ hier ehrlich ja, dort ehrlich nein
zu sagen;/ gleich ob dich alle loben oder
keiner,/ dann bist du einer.“

Im Gottesdienst ist Kirchen in der Regel zu politischer „Diät“ zu raten, aus Gründen des Glaubens wie der Vernunft. Politische Kontroversen in Liturgien auszutragen, vielleicht um sie „aufzupeppen“, in die Medien zu kommen oder sich auf der „Höhe der Zeit“ zu zeigen, wäre kurzsichtiges Kalkül. Man riskierte damit, wenn die Causa nicht klar zu beurteilen ist wie die Nachrüstung 1983, das Evangelium der Unglaubwürdigkeit preiszugeben bei jenen, die andere politische Schlüsse ziehen und am Ende womöglich Recht behalten. Manche Theologen riefen damals den „Status confessionis“, den Bekenntnisfall aus. Ein Ja zur Raketenstationierung käme so einer Leugnung des Evangeliums gleich. Pech nur, dass der NATO-Doppelbeschluss später zur Raketen-Abrüstung in Ost und West führte, zur politischen Wende in Russland beitrug und damit zu mehr Sicherheit und Frieden in Europa.

Wir lernen: Bei der Frage nach christlich verantwortbarer Politik sind komplexe Zweck-Mittel-Relationen zu beachten. Eine kurzschlüssige Automatik einzelner Bibelworte und gesinnungsethischer Eifer können vom Regen in die Traufe führen und das Gegenteil dessen bewirken, was man beabsichtigt. Von scheinbaren Paradoxien darf man sich nicht in die Irre führen

lassen. Schon die Römer wussten: „Si vis pacem para bellum“ - Wenn du Frieden willst, bereite dich auf Krieg vor.

Deshalb entwickelt man christliche Positionen in politischen Fragen am besten in drei Stufen: Auf die sachwissenschaftliche Analyse, die religiös noch unspezifisch ist, folgt die normative Wertreflexion, die schon christlich inspiriert ist, aber oft Spielraum für unterschiedliche Positionen von Christen lässt. Erst danach kann eine prophetische Sinndeutung folgen, die spezifisch christlich ist. Bei den meisten politischen Fragen wird diese Stufe aber nicht erreicht. Sonst wären Kirchenpositionen in der säkularen Öffentlichkeit ja schwer kommunizierbar und kaum bündnisfähig.

Bei Politik im Gottesdienst besteht zudem die Gefahr, dass der Zelebrant oder das Team im Altarraum in fragwürdiger Weise seinen Machtvorteil ausnutzt, denn unmittelbare Gegenrede ist nicht möglich. Ganz abgesehen vom Risiko, als Theologe zu dilettieren, denn politische Wissenschaft und Klugheit werden bei Weihe und Ordination nicht mit übertragen.

Deshalb haben Kirchenworte zur internationalen, Bundes- oder Landespolitik ihren besten Platz in übergeordneten Gremien: Synoden, EKD-Rat, ZdK und Diözesanräte, Bischofskonferenz. In deren Beratungen fließt eine breite, interdisziplinäre Expertise ein - schon weil die Anwendung von Prinzipien und Normen christlicher Sozialethik realistische Lageanalysen voraussetzt. Nur so gelangt man zu fundierten Positionen. Politische Predigten Einzelner oder wortreiche Fürbitten mit Belehrung zur Weltlage erinnern schlimmstenfalls an Jesu Mahnung: „Und wenn ihr betet, sollt ihr nicht viel plappern wie die Heiden“.

Der Forderung dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist, entspricht sozialetisch der Grundsatz der „iusta autonomia“, der

rechten oder „relativen Autonomie der Kultursachbereiche“, von der das Konzil in „Gaudium et Spes“ (36) spricht: „Durch ihr Geschaffensein haben alle Einzelwirklichkeiten ihren festen Eigenstand, ihre eigene Wahrheit, ihre eigene Gutheit sowie ihre Eigengesetzlichkeit und ihre eigenen Ordnungen, die der Mensch unter Anerkennung der den einzelnen Wissenschaften und Techniken eigenen Methoden achten muss.“ Daraus folgt: „Die politische Gemeinschaft und die Kirche sind auf je ihrem Gebiet voneinander unabhängig und autonom“. Ob ein Thema zur Kompetenzschnittmenge von Staat und Kirche gehört, ist sorgfältig zu prüfen.

Neben einem allzu diesseitigen Missverständnis christlichen Glaubens mit kirchlicher Selbstsäkularisierung gibt es aber auch das jenseitige Missverständnis: ein „Sakristeichristentum“, das völlig abhebt vom Zustand der Schöpfung und des Gemeinwesens, von der Not der menschlichen Kreatur und ihrer Aspiration, vom angeblich doch schon „angebrochenen“ Reich Gottes auch etwas zu spüren. In der Rede von „himmelschreiender“ Ungerechtigkeit leuchtet auf: „Christozentrik“ darf nicht gegen „Anthropozentrik“ ausgespielt werden.

Ein Schöpfer, der den Menschen nach seinem Abbild schuf, der in Jesus selbst Mensch wurde und unsere den „geringsten Brüdern“ erwiesene Liebe als Dienst an sich selbst qualifizierte (Mt 25,40), der hat eine so anthropozentrische Agenda, dass Kirchen ihn durch eine ebensolche schwerlich missachten können. Deshalb auch Alfred Delp's Überzeugung: „Es wird kein Mensch an die Botschaft vom Heil und vom Heiland glauben, solange wir uns nicht blutig geschunden haben im Dienste des physisch, psychisch, sozial, wirtschaftlich, sittlich oder sonstwie kranken Menschen.“ Diakonie und Caritas sind gerade in Zeiten massenhaften Glaubenszweifels, kirchlicher Skandale und religiöser Gleichgültigkeit der trittsicherste

Kirchenboden. Zur sozialen Liebe gehört aber auch das politische Mitdenken der Strukturen, die Hilfsbedürftigen das Leben erschweren oder erleichtern könnten.

Bei aller politischen Wachheit und gesellschaftlichen Mitsprache der Christen muss allerdings klar bleiben, was der zweite Bundestagspräsident und engagierte Protestant Hermann Ehlers (CDU) 1953 betonte: „Der Staat lebt nicht nach den Weisungen der Kirche, sondern von den Früchten ihrer geistlichen Existenz.“ Auch nach Karl Barth (1938) besteht die wichtigste Leistung der Kirche für den Staat darin, „dass sie ihren Raum als Kirche ...ausfüllt.(...) Keine direkte Aktion, die sie in wohlmeinendem Eifer selber (...) politisch handelnd, unternehmen (...) könnte, könnte auch nur von Ferne mit der positiven Relevanz derjenigen Aktion verglichen werden, in der sie, ganz apolitisch, (...) den Glauben verkündigt: die rechte schriftgemäße Predigt und Unterweisung und (...) Verwaltung der Sakramente.“

Deren verborgene politische Wirksamkeit brachte der Politologe Richard Löwenthal in einem Aufsatz über „Widerstand im totalen Staat“ 1983 auf den Punkt: Was keine Aufzählung öffentlicher Konflikte zwischen NS-Regime und Kirche wiedergeben könne, sei „die Auswirkung der von der nationalsozialistisch bestimmten Öffentlichkeit so radikal verschiedenen Atmosphäre des Gottesdienstes auf die moralische Haltung vieler gläubiger Christen: Auch...wenn die Kirche kein Faktor des gewollten Widerstands gegen den Nationalsozialismus war, blieb sie überwiegend ein Faktor der Entfremdung von seinem Geist.“

Ohne geistliche Tiefe droht das politische Engagement der Kirchen uninspiriert, rückgratlos und bei Gegenwind opportunistisch zu werden - schales Salz, „von den Leuten weggeworfen und zertreten“ (Mt 5,13).

Im Vordergrund christlicher Weltverantwortung haben aber eh nicht die Kirchen zu stehen, sondern viele einzelne Gläubige, die das Jeremia-Wort beherzigen: „Suchet der Stadt Bestes (...) und betet für sie zum Herrn, denn wenn's ihr wohl geht, so geht's auch euch wohl.“ Zugegeben: eine recht pragmatisch klingende Begründung mit dem Eigeninteresse. Im Blick auf die hohe ethische Qualität der Republik des Grundgesetzes sollte es Christen aber nicht schwer fallen, das „Tua res agitur“ (Es geht um deine Sache!) als Gebot der Vernunft und des Glaubens zu erkennen. Nach der deutschen Wiedervereinigung betonte Dresdens Bischof Joachim Reinelt, im Grundgesetz sei die Würde des Menschen „in wunderbarer Weise“ verankert, er erkenne darin „verwirklichten Glauben“.

Demnach haben wir besonderen Grund, Verfassungspatrioten zu sein und diese Ordnung gegen Hetze ihrer Feinde zu verteidigen: als Wähler, bei Diskussionen in Familie, Freundes- und Kollegenkreis, in sozialen Medien, im Lehrberuf. Darüber hinaus fordert das Konzil „geeignete“ Gläubige auf, sich „darauf vorzubereiten, den schweren, aber zugleich ehrenvollen Beruf des Politikers auszuüben, und sich diesem Beruf unter Hintansetzung des eigenen Vorteils und materiellen Gewinns zu widmen“ (GS 75). Könnte man kirchliche Denkschriften und Pressemitteilungen Eins zu Eins umtauschen in christliche Köpfe im Politikerberuf - wüssten wir dann nicht, was wir zu tun haben?

1923 schrieb der Moraltheologe Joseph Mausbach: „Demokratie wird... zum reinen Zerrbild, wenn die tüchtigen, die gewissenhaften Männer und Frauen, sich vom Staatsleben zurückziehen und in private Sorgen einspinnen.“ Zehn Jahre später kollabierte die Weimarer Republik. Heute nimmt die Zahl der Demokratien wieder ab. Aber viele bei uns scheinen den Ernst der Lage noch nicht begriffen zu haben. Ein zu lange währendes, selbstverständlich

gewordenes Glück wissen Menschen oft irgendwann nicht mehr zu schätzen – bis hin zum Überdruß.

Während ideologisch „glühende“ Parteigänger ein Vielfaches an Zeit und Geld für ihre fixen Ideen zu opfern bereit sind, geht gemäßigt politisches Denken oft mit einer gewissen Lauheit einher. Gefragt dagegen ist eine „Militanz der Mitte“, die moderate Politikinhalte mit machtpolitischer Entschlossenheit und Überzeugungskraft im Meinungskampf verbindet. Nur so ist der demokratische Rechtsstaat zu verteidigen gegen die Mode des großmäuligen Autoritarismus.

In diesem Sinne darf Kirche jedenfalls politisch sein. Eine Ordnung geschützter Menschenwürde und Freiheit zu verteidigen, ist geradezu der Bekenntnisfall. Dies leuchtet auch auf in einer Begriffswahl Eugen Gerstenmaiers in seinen Lebenserinnerungen. Als Mann, der vor Freisler gestanden hat, schrieb er: „Seid auf der Hut! Sonst war die ganze Erfahrung mit Hitler für die Katz!“, „das einzige große, *heilige* Vermächtnis dessen, was hinter uns liegt, ist der freiheitliche Rechtsstaat.“ Und so schließe ich gern mit dem Motto des Würzburger Katholikentags: „Habt Mut, steht auf!“